

Analyse

Claudio Zali Der 52-jährige Strafrichter wird neuer Staatsrat der Lega dei Ticinesi. *Von Gerhard Lob*

Der scheue Magistrat

Einzig der Kanton Tessin kennt noch die Proporzwahl für die Exekutive. Und so kann es geschehen, dass eine Person plötzlich Regierungsrat wird, die gar nicht gewählt wurde. Einen solchen Aufstieg macht gerade der 52-jährige Strafrichter Claudio Zali. Nach dem unerwarteten Tod von Staatsrat Michele Barra, der nicht einmal sechs Monate im Amt war, durfte die Lega mangels gewählten Ersatzkandidaten selbst einen neuen Magistraten ernennen. Der kleine Führungskreis der Bewegung einigte sich am Wochenende auf den Juristen Zali, «einen Leghisten der ersten Stunde». Vielsagend fügte Koordinator Attilio Bignasca an: «Er ist vielleicht nicht sympathisch, aber fähig.»

Tatsächlich gilt Zali als scheue und ernsthafte, aber auch fleissige und fachlich kompetente Person. Man kennt ihn als unerbittlichen Strafrichter, der mit den Beschuldigten hart ins



Gericht geht, wusste bisher aber wenig über seine Persönlichkeit, seine privaten Verhältnisse und sein politisches Credo. Nun bemühen sich die Tessiner Lokalmedien, seine Persönlichkeit zu entschlüsseln. Denn sein bedecktes Auftreten erzeugt Neugier. So wird er jetzt sogar gefragt, wann er das letzte Mal gelacht hat.

Für die Lega könnte sich Zali nach dem kurzen Interregnum des volksnahen, aber hemdsärmeligen Barra möglicherweise als Glücksfall erweisen. In gewisser Weise ähnelt er nämlich Marco Borradori, dem «guten Gesicht der Lega» und Stimmenfänger, und dies nicht nur, weil er mit ihm in jungen Jahren Tischtennis spielte. Wie Borradori hat Zali Rechtswissenschaften in Zürich studiert, stammt aus freisinnigem Hause, wandte sich aber schon Anfang der 90er-Jahre der Lega zu, deren politischen Ziele er damals teilte. Die Lega portierte ihn denn

auch 1992 als Richter, als diese noch per Volkswahl bestimmt wurden und es keineswegs selbstverständlich war, sich als Leghist zu outen.

Als Richter hat er nach eigenen Aussagen - abgesehen von den Verhandlungen - praktisch 20 Jahre in einem «drei auf vier Meter grossen Raum» verbracht. Damit erklärt er seine Sprödeheit. Jetzt will er aus der Isolation des Gerichtsgebäudes ausbrechen und als Leghist auf den Putz hauen. Molotowcocktails möchte er zwar keine werfen, aber er kann sich durchaus vorstellen, die Quellensteuer von Grenzgängern zurückzubehalten, um Druck auf die Regierung in Rom zu machen.

Über praktische politische Erfahrung in der Politik verfügt er nicht - abgesehen von einem kurzen Engagement im Gemeinderat von Bioggio. Das Mandat war mit seiner Richtertätigkeit unvereinbar. Einmal geriet Zali indes selbst in die Fänge der

Justiz. Im Jahr 2008 leitete die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Verfahren ein, weil er eine Freundin beraten hatte, gegen die eine Untersuchung wegen Unterschlagung aufgenommen worden war. Das Verfahren wurde zwar eingestellt, doch musste er auf Geheiss der Aufsichtsbehörde eine Busse von 2000 Franken für die Umtriebe bezahlen, weil er dem Ansehen der Justiz geschadet hatte.

Nun beginnt für Zali eine neue Ära. Allerdings hängt über ihm ein Damoklesschwert: Im April 2015 stehen die Erneuerungswahlen im Tessin an. Wird es die Lega schaffen, ihren Coup von 2011 zu wiederholen, das heisst, zwei von fünf Regierungsräten zu stellen? Zali zeigt sich entschlossen: «Ich übernehme dieses Amt nicht nur, um 16 Monate im Amt zu bleiben.» Das letzte Wort haben dann aber die Wählerinnen und Wähler.

Kolumne **Rudolf Strahm**

Bern und die Politik der Scholle

Von allen Kantonen erhält Bern die grösste Transfersumme an Finanzausgleichszahlungen: 1,1 Milliarden Franken jährlich. Pro Kopf erhalten die Berner zwar weniger als etwa die Walliser, Freiburger, Urner, Jurassier und Glarner. Aber auf Bern, den zweitbevölkerungsreichsten Kanton, entfällt der sichtbar grösste Brocken. Und deshalb ist Bern zur Zielscheibe jener reichen Geberkantone geworden, die bisher dank tiefer Firmensteuern und Steuerbefreiungen für ausländische Holdinggesellschaften am stärksten für den Finanzausgleich beigezogen wurden - und jetzt unter Druck sind.

Mit Häme haben gewisse SVP-Blätter die Berner als die «Griechen der Schweiz» bezeichnet und als Subventionsempfänger, die am «Tropf der Tüchtigen» hängen. Berner Regierungsräte traten landesweit zu verzweifelten Verteidigungsreden an.

Ein strukturelles Problem

Sind die Berner fauler oder verschwenderischer als andere Schweizer? Ich glaube, das Gegenteil ist der Fall. Im Kanton Bern wird mindestens so viel, so fleissig und so zuverlässig gearbeitet wie anderswo in der Deutschschweiz. Und die Berner beziehen trotz hoher Steuern nicht mehr Staatsleistungen als andere. Das Problem des Kantons Bern ist ein strukturelles und historisches: Es sind die ländlichen Regionen mit ihrer tiefen Wirtschaftskraft.

Würde der Kanton Bern lediglich aus der Wirtschaftsregion Bern, dem Aaretal von Thun bis Bern sowie aus Biel bestehen, wäre er schweizweit im vordersten Drittel aller Kantone bezüglich Bevölkerungsdynamik, Wirtschaftswachstum und Kaufkraft. Der industrielle Ausstoss ist interessanterweise so gross wie in keinem anderen Kanton, und die Arbeitslosigkeit ist bemerkenswert tief. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt in der Wirtschaftsregion Bern/Mittelland mit 80 000 Franken weit über dem schweizerischen Mittel. Andere Regionen - das Berner Oberland, das Emmental, der Berner Jura, der Oberaargau und das Seeland - kommen allerdings nur auf die Hälfte. Diese strukturschwachen Regionen mit ihrem Übergewicht an Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Bauwirtschaft drücken den Durchschnitt und entziehen dem Kanton die Finanzkraft.

Ein Blick auf die Produktivitätsunterschiede in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) erklärt vieles: Während die schweizerische Wirtschaft im Durchschnitt 130 000 Franken Wertschöpfung

pro Vollzeitbeschäftigten erarbeitet, erreicht der Sektor Landwirtschaft (im Kanton Bern dreieinhalb mal grösser als im Kanton Zürich) bloss 33 000 Franken, die Hotellerie und der Tourismus erzielen unterdurchschnittliche 60 000 Franken - die Bauwirtschaft 98 000 Franken. Über die Hälfte der Berner Bevölkerung lebt in den Land- und Randregionen, die abhängig sind von Land- und Forstwirtschaft, Tourismus und Baugewerbe. Das «Amstutz-Hinterland», wie es die Berner in Anspielung auf den SVP-Exponenten Adrian Amstutz aus Sigriswil nennen, ist der Bleifuss, der den Strukturwandel erschwert.

Die Aufrechterhaltung einer umfassenden Infrastruktur und aller öffentlichen Dienstleistungen kommt in dezentralen Siedlungsräumen erfahrungsgemäss extrem teuer. Jedes Tälehen will sein Spitalchen. Praktisch jede Spitalschliessung oder -zusammenlegung stösst auf heftigen politischen Widerstand. Jedes abgelegene Gehöft muss erschlossen werden. Auch das entlegene Emmentaler Haus mit 30 000 Franken Ertragskraft muss - kein Witz - mit Strasseninvestitionen von 3 Millionen Franken wintersicher erschlossen werden.

Das sogenannte Amstutz-Hinterland ist der Bleifuss, der den Strukturwandel des Kantons erschwert.

Von den rund 380 bernischen Gemeinden sind im innerkantonalen Finanzausgleich deren 339 Nehmergemeinden. Die bernische Regierung wollte in ihrer «Wirtschaftsstrategie 2025» eine gewisse Schwerpunktbildung der Wirtschaftsförderung in den wirtschaftsstarken Regionen anvisieren. Doch das bernische Parlament mit einer Allianz von ländlichen Vertretern unter SVP-Führung piff die Regierung zurück und verhinderte die Stärkung der Starken. Während es Graubünden, Uri und das Tessin fertigbrachten, die potenzialschwachen Räume in ihren Kantonen zu identifizieren, um auch die Subventionen geordnet zurückzuführen, ist dies im Kanton Bern mit dem ländlichen Übergewicht schlicht unmöglich - mit entsprechenden Folgekosten.

Zwar müsste der Kanton Bern in den nächsten Jahren eine halbe Milliarde Franken an Staatsausgaben einsparen, so eine externe Strukturanalyse der Kantonsfinanzen, aber dennoch

werden jetzt die Motorfahrzeugsteuern auf Initiative eines Garagisten um 100 Millionen Franken auf das schweizweit fast tiefste Niveau gesenkt. Auch die Handänderungssteuer für kleinere Liegenschaften wird beseitigt. Die bernische SVP, einst die staatstragende Partei, ist seit dem Ausscheiden der gemässigten BDP zu einer radikalisierten Tea-Party-Koalition aus Globalisierungsverlierern und Subventionsempfängern geworden.

Rudolf Mingers Erbe

Der relative Abstieg Berns hat eine lange Geschichte. Wie die beiden Historiker Stefan von Bergen und Jürg Steiner in ihrem Buch «Wie viel Bern braucht die Schweiz?» feststellen, hat die Verhinderungspolitik schon 1922 begonnen - nach dem überwältigenden Wahlsieg der von Rudolf Minger gegründeten Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB, heute SVP). Diese Partei verhinderte von Anfang an die Einzonung von Stadtrandgemeinden in die Stadt Bern und damit auch deren Wachstum. Jahrzehntlang wurde die Grösse industrieller Bauzonen systematisch begrenzt. Mit dem Referendum «Rettet die Scholle» brachte die BGB 1944 das vom Bundesrat favorisierte Projekt eines nationalen Flughafens bei Utzenstorf zu Fall, worauf Kloten den Zuschlag erhielt.

In der Wirtschaftsregion Bern/Mittelland fehlt es heute an grösseren zusammenhängenden Bauzonen, in denen neue Industrie- und Dienstleistungszentren angesiedelt werden könnten. Dessen ungeachtet, ist der bernische Bauernverband Lobag gerade dabei, eine Kulturlandschutzinitiative gegen weitere Bauzonen im Kanton vorzubereiten, mit aktiver Hilfe von SVP, BDP und Grünen. Die FDP und SP verfolgen die populistische Nostalgie-Offensive fast wie gelähmt, denn nächstes Jahr stehen Wahlen im Kanton Bern an.

Der relative wirtschaftliche Abstieg des Kantons wird wohl leider weitergehen. Die historisch gewachsene Politik der Scholle hat ihren Preis. Die aufrechten Berner trösten sich damit, dass der Schwingerkönig einer von ihnen ist.



Rudolf Strahm

Der Ex-Preisüberwacher wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck ab.



Der Tannenbaum lockt in und vor Geschäften schon lange vor dem Fest. Foto: Keystone

Weihnachten Grossverteiler werben bereits damit - eine Abrechnung. *Von Michèle Binswanger*

60 Tage Vorspiel

Es gibt Tage für alles Mögliche. Zum Beispiel den «Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz» (28. Mai) oder den «Internationalen Tag der Kinder, die unschuldig zu Aggressionsopfern geworden sind» (4. Juni). Seit Sonntag weiss ich, dass es auch einen Weihnachtsvorfreudetag gibt, so jedenfalls informierte mich die Werbung auf einer Zeitungstitelzeile. Weihnachten sei so schön, dass die Vorfreude darauf bereits 60 Tage im Voraus zelebriert werden müsse, hiess es. Schweizweit. Derselben Meinung scheinen auch die Detailhändler zu sein, die seit Mitte Oktober Weihnachtsgeschenke feilbieten.

Ich schliesse nicht aus, dass es Planungsneurotiker gibt, denen das bereits jetzt einsetzende Weihnachtstamtam Genugtuung bereitet. Gesunden Menschen sollte aber klar sein, dass etwas nicht stimmen kann, wenn das Vorspiel für ein Ereignis, das realiter einen Abend in Anspruch nimmt, ganze 60 Tage dauert.

Darum weckt solche Weihnachtspromaganda auch weniger Freude in mir als Ärger - über die Nonsenskataloge voller Made-in-China-Schrott - und Wut, weil Kinder im Oktober dazu verleitet werden, Wünsche zu formulieren, aus denen sie bis Weihnachten herausgewachsen sein werden.

Als Mutter bin ich dazu verdammt, die Chronik ihrer nicht abbrechenden Wunschskade zu führen. In 60 Tagen hat eine Nichtplanungsneurotikerin wie ich zahllose Gelegenheiten, besagte Zettel zu verlieren, was wiederum Streit ob der mütterlichen Nachlässigkeit provoziert. Kein Wunder, bleibt nach 60 konfliktreichen Tagen an Weihnachten selbst meist nur Erschöpfung übrig und der Wunsch, endlich Ruhe zu haben.

Vielleicht sollte man am «Internationalen Tag der Kinder, die unschuldig zu Aggressionsopfern geworden sind» mal über Weihnachten reden. Denn das Weihnachtsgeschwätz beutet doch nur die kindliche Begeisterungsfähigkeit aus - und sollte deshalb auch von Kindern bekämpft werden.

Ihr wollt also Vorfreude, liebe Grosshändler? Wir geben euch Vorfreude. Noch heute werde ich 10 Kilogramm Weihnachtsgeschenke kaufen und eine Gruppe Kinder damit füttern, um sie dann im Zucker-Flash in die Warenhäuser zu schicken. Sie werden unkontrollierbar durch den Laden rauschen wie eine Zombie-Herde. Das Ergebnis wäre wahrscheinlich ein Fall für den «Welttag für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz». Und wir hätten vielleicht Ruhe vor Weihnachten - bis Weihnachten.